

30.11.09

Thomas Wüthrich
Talweg 159
8610 Uster



Wortmeldung Voranschlag 2010

An die Präsidentin des Gemeinderates
Frau Claudia Wyssen Geisenberger
8610 Uster

Wortmeldung der Grünen – Eintretensdebatte

Die als Streichkonzert angekündigte Debatte zum Voranschlag scheint angesichts der zahlreichen, oft unsinnigen Kürzungsanträgen zum finanzpolitischen Gepolter mit Pauken und Trompeten zu werden. Dies werden die Grünen nicht mitmachen.

Gegenüber den Medien sprachen die Grünen von einem ehrlichen Budget. Ehrlich deshalb, weil endlich nicht mehr Landverkäufe die laufende Rechnung schönen. Es wird jetzt sichtbar, dass das Ja der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat zu den Voranschlägen der vergangenen Jahre ein Taschenspielertrick war. Mit der Gleichung tiefer Steuerfuss dank Landverkäufen lebte die Stadt auf Kosten der künftigen Generationen über ihre Verhältnisse.

Und jetzt, da keine Landverkäufe mehr die bürgerliche Steuerdumpingpolitik kaschieren, bricht eine Kürzungsorgie los, die ihresgleichen sucht. Das kann nicht die Lösung sein. Das zeugt mehr von Panik und Wahlkampfpropaganda als von Weitsicht und strategischem Denken.

Wo war der bürgerliche Sparwille, als der Luxusradweg nach Freudwil im Betrag von 2,2 Mio. Franken bewilligt und der Vorschlag der Grünen, der einen Zehntel davon kosten würde, von den Bürgerlichen abgeschmettert wurde. Und jetzt treten dieselben Bürgerlichen für eine Streichung des Projekts aus der Investitionsliste des kommenden Jahres ein. Das sind wirklich Taschenspielereien.

Vielmehr muss sich die Stadt im bescheidenen Rahmen antizyklisch verhalten, Unterhalten von Strassen und Gebäuden jetzt beschliessen, um auch das lokale Gewerbe mit Aufträgen zu versorgen. Es geht eben nicht darum, das Gewerbe von Steuern zu entlasten, sondern diesen Verdienstmöglichkeiten in Form von Aufträgen der Stadt zu offerieren. Zudem ist es ein wirtschaftlicher Unsinn die Infrastruktur verlottern zu lassen. Ein aufgeschobener Unterhalt kommt meist teurer.

Ein zweiter Schwerpunkt der Kürzungsanträge stellt die Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisation und damit die Effizienzsteigerung ernsthaft in Gefahr. Auch dies ist kurzfristig gedacht. Wollen wir wirklich mehr unzufriedene Mitarbeitende, weil die Politik ihnen zwar laufend komplexere Aufgaben aufbürdet, aber nicht die entsprechenden Mittel zu Bewältigung der Arbeit gewährt. Nein. Auch dies werden die Grünen im Wesentlichen nicht mittragen und die Kürzungsanträge nicht unterstützen. Ausnahmen werden auch hier die Regel bestätigen.

Unter den gegebenen Umständen sogar noch eine Steuersenkung zu beantragen ist absolut unsinnig. Vielmehr müsste sich die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat überlegen, wie die Stadt die drei Millionen wieder hereinholt, welche ihre Stadträtin mit dem Krämerackerdebakel in den Sand gesetzt hat.

Ehrlicherweise müsste also eher über eine temporäre Steuererhöhung als über eine Steuersenkung gesprochen werden. Die Grünen werden aber am jetzigen Steuerfuss festhalten.

Thomas Wüthrich,

Grüne